

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 27. September 1919

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Tobeanzeigen 20 Pf. die Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Verlagsanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 112

Bekanntmachung

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Tarifamts vom 28. August d. J. (veröffentlicht in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ in Nr. 36 vom 5. September, im „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“ in Nr. 100 vom 31. August, im „Typograph“ in Nr. 36 vom 5. September) werden die Beschlüsse des Tarifausschusses vom 22. bis 28. August d. J., soweit sie

ab 1. Oktober d. J.

für die Mitglieder der Tarifgemeinschaft tarifverbindliche Kraft erhalten, hiermit in Erinnerung gebracht.

I.

Die bisherigen Feuerungszulagen sind ab 1. Oktober 1919 zu erhöhen um

- a) 6 Mk. in Orten bis mit 5 Proz. Lokalzuschlag,
- b) 8 Mk. in Orten mit 7 1/2, und 10 Proz. Lokalzuschlag,
- c) 10 Mk. in Orten mit 12 1/2, Proz. Lokalzuschlag,
- d) 12 Mk. in Orten mit mehr als 12 1/2, Proz. Lokalzuschlag.

Für Maschinenfeher erhöhen sich diese Feuerungszulagen an allen Orten um 25 Proz.

(Aber hierzu gebührige Ausführungsbestimmungen gibt die vorstehend erwähnte Bekanntmachung den nötigen Aufschluß.)

II.

Es können ferner zur Einführung eine Reihe weiterer Abänderungen des Tarifs, enthalten in dem vom Tarifamt herausgegebenen „Abänderungen des Deutschen Buchdrucker-Tarifs“, zu bestehen vom Tarifamt der

Aber die Veränderung in den Lokalzuschlägen, die ab Januar 1920 in Kraft treten sollen, haben die Kreisvertreter im Benehmen mit den davon betroffenen Parteien das nötige Material zu sammeln und die entsprechenden Feststellungen vorzunehmen. Die hieraus sich ergebenden Vorschläge sind bis spätestens den 20. November d. J. dem Tarifamt zur endgültigen Beschlussfassung zu überweisen. Die Bekanntmachung dieses Beschlusses erfolgt dann im Monat Dezember d. J.

Berlin, 23. September 1919.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Dr. Goelses, Präzidentvorsitzender.

Robert Braun, Geschäftsvorstandender.

Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Titankampf zwischen Kapital und Arbeit

In nachstehendem erlaube ich mir, meine Empfindung zu dem sich jetzt abspielenden Welt drama zum Ausdruck zu bringen.

Bei all dem gegenwärtigen Interessentstreit bleibt meines Dafürhaltens der Kernpunkt der Sache, um den es sich handelt: „Sein oder Nichtsein der arbeitenden Volksklasse“, vollständig außer acht. Um sich ein klares Bild darüber zu schaffen, ist es notwendig, die Ursachen dieses gewaltigsten aller Kämpfe zu beachten. Dieselben sind in vielen Urteilen im „Korr.“ während des Krieges enthalten. Es seien davon nur einige genannt: „Der Handel und sein Wandel“ (1915); „Elemente der Gütererzeugung“ (1916); „Gütererzeugung und Kulturentwicklung“ (1916); „Agrarfragen“ (1916). Aus den vorhandenen Urteilen läßt sich klar und deutlich erkennen, daß es dem internationalen Kapital darum zu tun ist keine andre Macht neben sich zu dulden.

Durch die aufstrebende Arbeiterschaft (hauptsächlich durch die Gewerkschaften) hat nun das Kapital sich in seiner Macht in längerer oder kürzerer Zeit auf das gefährlichste bedroht gesehen. Dem mußte auf irgendeine Weise Abhilfe geschafft werden. Da die vorhandenen Machtmittel (Polizei, Kirche, Militär) keinen genügenden Schutz mehr boten, mußte auf ein andres Mittel geschlossen werden, und was lag da näher, als einen Weltkrieg herbeizurufen. Der Kapitalismus hat meiner Ansicht nach so gerechnet, daß bei einem Weltkriege durch die mörderischen Kriegswaffen und Lebensmittelmängel eine noch größere Menge Volkes dem Tod überliefert würde, als tatsächlich eingetreten ist und mit dem übrigbleibenden Teile der arbeitenden Volksklassen gedachte er auf dem papierernen Wege fertig zu werden. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger

Bund zu schließen! das hat das Kapital in diesem Fall erfahren müssen, indem ihm ein gewaltiger Fehler in seiner Berechnung unterlaufen ist.

Daß bei diesem Siege der Monarchismus unter den Schichten geriet, dürfte den geringsten Nummer bereitet haben, denn derselbe wäre später, bei alleiniger Macht, wohlso belüßelt geschoben worden, wenn man seiner nicht mehr bedürfte; daß aber Teile des eignen Schicks des Kapitals mit an den Abgrund gerieten (das Kapital in Deutschland, Österreich, Rußland) und hinabzuführen drohen, stand außer Berechnung, und ein Welterumflüchtigen muß auf jede mögliche Weise verhindert werden.

Und nichts leichter als dies. Das Kapital braucht nur in unauffälliger Weise den Zwist in den nationalen und internationalen parteilichen Volksklassen zu unterstützen und zu fördern und es gelangt zu seinem Ziele. Zu diesem Zwist hat es insofern schon vorgearbeitet, indem es wirkliche Freunde der Arbeiterschaft mit seinem Gold aus dem Wege räumen ließ, und andre, z. B. Branting, hat es von der Saubereitschaft des deutschen Volkes derart zu überzeugen gewußt, daß von deren Seite für den Kapitalismus mehr zu hoffen als zu fürchten ist.

Aber trotzdem ist der Kapitalismus in eine sehr bedrängte Lage geraten. Noch fehlt der mächtigste Gegner des Kapitals, die Gewerkschaften, als rettender Fels auf festem Grund, an dem die Wogen des Daleinskampfes brandend zerfallen. Diesen Fels wegzuprennen, dürfte wohl gegenwärtig die Hauptaufgabe des internationalen Kapitals sein. Gelingt es ihm, dann ade Freiheit!

Wo das jetzige Treiben innerhalb der Arbeiterschaft hinläuft, hat Kollege Weinberger in seinem Artikel: „Sozialisierung der Pflanze“, treffend gekennzeichnet. Das wäre der Sieg des Kapitals!

Mensch, lerne denken, und — Ganz anders ersehnt dir die Welt!

Dresden.

J. Dubschmann.

Den Unzufriedenen ins Stammbuch

Wohl selten ist an den Beschlüssen einer Tarifausschubung so viel Unberechtigte, absfällige Kritik geübt worden wie an der diesmaligen. Jede Nummer des „Korr.“ wirkt ein immer grelleres Schlaglicht auf den derzeitigen nicht weniger als gesunden kollegialen und solidarischen Geist bei einem Teile der Kollegenschaft. Es ist geradezu beschämend, mit welcher kleintlichen Argumenten man versucht, die Arbeit untrer erfahrenen, durch das Vertrauen der Mehrheit auf ihre Posten berufenen Geblissenvertreter herabzuziehen und zu verdächtigen, um — was der Schwerpunkt an der Sache ist — für ihre egoistischen Zwecke die übrige Kollegenschaft scharf zu machen. Doch bin ich der Überzeugung, daß es gegenüber dem besonnenen Teile der Kollegenschaft — und dieser stellt glücklicherweise noch immer die Mehrheit dar — bei diesem Verluce bleiben wird, abgesehen davon, daß an dem Ergebnis überhaupt nichts mehr zu ändern ist, wenn es die Prinzipale mit untrer Vertragspflicht noch ernst nehmen sollen. Daß das materielle Ergebnis uns keinen Ausgleich für die wirtschaftlichen Nöten der Jetztzeit gebracht hat und auch gar nicht bringen konnte, steht außer allem Zweifel; aber kann jemand im Ernst unser Gewerbe für diese Mißere verantwortlich machen und eine vollständige Schablos-haltung von diesem erpressen? Für unsre Unterhändler gab es in Anbetracht des Standpunktes der Prinzipalvertreter nur zwei Momente: entweder im Bewußtsein des erstellten Verantwortlichkeitsgefühls das in materielle und ideeller Hinsicht Erreichte einzufrieden oder in leichtfertiger Weise auf alles zu verzichten und die Verhandlungen abzubrechen — und das wäre gleichbedeutend mit der Proklamierung des Streiks gewesen. Wer dabei der leidtragende Teil und unter die Räder gekommen wäre, darüber dürfte im Hinblick auf das zu einem großen Teil schon brach liegende Gewerbe niemand, der es mit seinen Grundfragen als überzeugter Gewerkschafter ernst meint, im Zweifel sein. Ich meine, in einer Zeit, wo mit der Waffe des Streiks derartig Schindluder getrieben wird, wie der gegenwärtigen, da wollen wir Buchdrucker, die wir als Pioniere der Arbeiter gelten, die Finger von diesem jetzt unzeitgemäßen und mißbrauchten Experiment lassen und dies denen überlassen, die Lotengräberarbeit an sich selbst leisten wollen. Wie unmaßlich es ist, wenn es beispielsweise nach den Kritikern in Nr. 108 des „Korr.“ gehen sollte, daß unsre Geblissenvertreter allen Wünschen Rechnung fragen können, beweist, daß sich Kollegen aus der Provinz darüber aufregen, daß die Großstadtkollegen um 6 Mk. besser weggekommen sind. Ich als Provinzialer und wohl nicht viele andre können es den Großstadtkollegen von Herzen. Die 6 Mk. dürften diese bald für den erhöhten Straßenbahnfahrts berechnen müssen; abgesehen von vielem andern, was das Leben in der Großstadt verleierte. Auch einige neuausgelernte Kollegen fühlen sich benachteiligt, weil sie gegenüber ihren älteren, erfahrenen und im Durchschnitt wohl unbedingt leistungsfähigeren Kollegen bloß die Hälfte der Feuerungszulage erhalten sollen. Höher geht's nimmer! Auch den vielgeplagten Maschinenfehern gönnt man den 25prozentigen Zuschlag nicht.

Kollegen! Es ist an der Zeit, darauf zu sehen, daß solchen Heißspornen nicht zu viel Spielraum für ihre zweifelhaften, unkollegialen Zwecke gelassen wird. Es soll damit sicherlich die Kritik nicht unterbunden werden; nur darf nicht alles hingenommen werden, was unbillig und für den Kollegialitäts- und Solidaritätsgedanken von nicht abzusehendem Schaden ist.

Notenburg o. L.

K. H.

Das Buchgewerbe im Auslande

Tschecho-Slowakei. Der „Gutenberg“, die Zeitschrift für Buchdrucker- und verwandte Interessen in der Tschecho-Slowakischen Republik, beschäftigte sich im Vorkriegszeit der lehterlehenden Nummer unter der Ueberschrift „Gerabe aus!“ nochmals mit der geplanten Gründung eines graphischen Industrieverbandes, der auch die böhmischen Buchdrucker umfassen soll. Bekanntlich wurde — wie wir in Nr. 109 berichteten — eine derartige Organisation von den schließlichen, böhmischen und tschechischen Kollegen unterwegs abgelehnt, weil darin lediglich Zersplitterungsbestrebungen aus nationalen resp. parteipolitischen Gründen er-

Blickt wurden. Rückschauend heißt es nun darüber in dem obenwähnten Artikel des „Sulenberg“ u. a.: „Seit Monaten schon Erregte uns die Frage der Gründung der Graphischen Union und wurde diese Frage akut mit der Einberufung der Landeskonferenz am 7. und 8. September in Weidenbach. An uns trat also die Frage heran, darüber zu entscheiden, ob wir mitfinnen bei der Gründung oder nicht, ob wir die Schlüsse aus den schiedlichen politischen Bewegungen reiflos ziehen. Die Buchdrucker Deutschlands haben entschieden, haben entschieden aus eigener Überzeugung, ohne Zutun von außen. Von Winterberg bis Trautmann war man eines Sinnes: man entschied sich nach reiflicher Überlegung und eingehenden Debatten für die Beibehaltung der bisherigen Organisationsform. Um so mehr, da speziell die deutschen Prinzipale mit zu den tüchtigsten Schachmachern gehören. Wir Buchdrucker sind durch eine barde Schule des Lebens gegangen und unsere Organisation war unser Stolz. Und in dieser Beziehung blieben wir verblissen. Wir hatten und haben nichts zu verbergen: Wir konnten uns nicht losreißen von unsern alten gewerkschaftlichen Lehren, die uns unter allen unversehrlichen Lehrmeister einimpften und die uns in Fleisch und Blut übergegangen sind. Mit diesen Lehren sind wir groß und stark geworden, mit diesen Lehren wollen wir auch weiterhin in den Kampf ziehen! Aus diesem freien Entschluß am Festhalten unserer Organisationsform ist zu entnehmen die grenzenlose Hingabe zur Organisation und das Festhalten an der bewährten bisherigen Taktik. Die Politik ist vergänglich und soll die gewerkschaftliche Arbeit nicht berühren.“

Norwegen. Die für den 18. September angekündigte Ausperrung aller Arbeiter der graphischen Berufsklasse ist auf den 23. September verschoben worden. Inzwischen finden vor dem Schiedsrichter neue Verhandlungen statt, um eine Einigung bei den Buchbindern zu erzielen und damit einen gewaltigen wirtschaftlichen Kampf zu verhindern. Die Landesorganisation der Gewerkschaften hat nämlich als Gegenzug den Sympathiestreik von 50000 Arbeitern angekündigt. — Ein angenehmes beruhigendes, schönes Zeugnis von Kollegialität legten die Buchdruckergebnisse der kleinen Stadt Haugesund ab, indem sie für eine der deutschen Ferienkinder, der kleinen Tochter eines Berliner Kollegen, 320 Mk. zusammenlegten und als Geschenk dem Vater des Kindes zuflanden.

Holland. Der holländische Buchdruckerverband ist vorübergehend in eine schwierige Lage geraten infolge eines plötzlichen tarifwidrigen Streiks der Gehilfen einiger größerer Druckereien in Amsterdam und später im Haag. Die direkte Ursache des Konflikts war die ablehnende Haltung der Prinzipale in bezug auf die Gewährung einer weiteren Lohnzulage gemäß der immer steigenden Teuerung. Am Tage nach der Publikation der Prinzipalsantwort im Verbandsorgan legten in höchster Empörung die Gehilfen der Drucker der Firma Roelofsen, wo die Amsterdamer Tageszeitung „Nieuws van den Dag“ gedruckt wird, die Arbeit nieder und bald darauf folgten mehrere andere Druckereipersonale. Der Sektionsvorstand, der diesen Ausbruch vorausgesehen hatte, legte alles daran, die Gehilfen von ihrem tarifwidrigen Verhalten abzuhalten, aber leider ohne Erfolg. Selbst die Drohung, daß bei diesem Stande der Dinge keine Unterstützung von Seiten des Verbandes in Frage kommen würde, machte absolut keinen Eindruck. Mit der oben genannten Firma Roelofsen konnte der Sektionsvorstand eine Einigung zustande bringen, und die Gehilfen nahmen die Arbeit wieder auf. Immerhin streikten noch 350 Gehilfen. Ein kräftiges Mahnwort, vom Verbandsorgan an die Mitglieder unterbreitet, warnte die Gehilfen vor dem gleichen Ausschreitungen und wies mit Nachdruck auf die Folgen hin. Während nun die Sektions- und Hauptvorstände alles Mögliche taten, um den Tarif zu schützen, kündigten jedoch die Vorstände der Prinzipalsvereinigungen nach abgehaltenen Beratungen nur dem Typographenbund den Tarif, weil der Hauptvorstand eine der von genannten Vorständen ihm vorgelegten Fragen, ob der Verband dazu bereit wäre, die streikenden Gehilfen aus dem Verband auszuschließen und somit außerhalb der Tarifgemeinschaft zu stellen, mit der Mitteilung beantwortete, daß nur die Sektionen oder ein außerordentlicher Kongreß darüber zu entscheiden in der Lage wären. Nur mit den christlichen Organisationen wurde also der Tarif aufrechterhalten, obwohl auch Mitglieder dieser Organisation mitgestreikt hatten. Aber die christlichen Leiter hatten gelegentlich einer früheren Konferenz von Prinzipalen und Gehilfenvorständen eine Erklärung abgegeben, daß, wenn der Zustand sich nicht verschlimmere, sie keine Lohnforderungen geltend machen würden. Und auch jetzt erachteten die Herren diese Zeit noch nicht für gekommen! Die christlichen Gehilfen gehörten also in ihrer Gesamtheit nicht zu den Sündern.

Daß der Verbandsvorstand dem Schrei der Prinzipale nach Vergeltung nicht Folge gab, weil die Haltung der Prinzipale die Gehilfen zu dem unklaren Vorgehen provoziert hatte, ist selbstverständlich. Daraufhin wurden die Prinzipale abermals von ihrer Organisationsleitung zusammengerufen, und auf dieser neuen Versammlung schienen die Herren vollständig den Kopf verloren zu haben. Sie sahen nämlich den Beschluß, nicht nachzugeben und allen Mitgliedern des Typographenbundes mit Einhaltung einer achtzähligen Kündigungsfrist den Laufpaß zu geben! Es wurde von ihnen eine Ausperrung über den gesamten Typographenbund verhängt. Es ist unbegreiflich, wie die Herren zu diesem schwerwichtigen Beschluß gekommen sind, wenn man bedenkt, daß z. B. die Personale der Amsterdamer Druckereien fast alle aus Mitgliedern des Typographenbundes bestehen. Infolge einer Ausperrung hätten also alle großen Zeitungen nicht erscheinen können. Vom Ver-

bands wurde der Beschluß mit großer Ruhe angenommen, er wurde aber überall im Lande Proteste der Buchdrucker. Eine stürmisch verlaufene Versammlung der Amsterdamer Gehilfen konnte keine Lösung bringen; die streikenden Gehilfen blieben auf der Straße. Inzwischen scheint die Nervosität der Prinzipale, die sich in dem Ausperrungsbeschluß offenbart, etwas abgenommen zu haben, denn in einem weiteren Schreiben der Prinzipalität wurde vorgeschlagen, eine Vermittlungskommission zu bilden. Dieser Versuch, die Parteien einander näher zu bringen, wurde beantragt von solchen Prinzipalen, die wohl eingesehen haben dürften, daß ihre Organisation mit ihrem fatalen Beschluß sich auf dem Holzwege befinde. Nach einem umfangreichen Briefwechsel zwischen den Hauptvorständen der Gehilfen- und Prinzipalsverbände über die Art der Beratungsgegenstände dieser Vermittlungskommission, wurde dieselbe endlich gebildet aus je sechs Mitgliedern der betreffenden Verbände. Der Kommission wurden ein unparteiischer Vorsitzender und zwei von jeder Partei gewählte Schriftführer angegliedert. Nicht weniger als 18 Ehungen wurden von der Kommission abgehalten, um den Streit beizulegen. „Von beiden Seiten“ — schreibt das Verbandsorgan — „wurde ähne festgehalten an der eignen Meinung, und der unparteiische Vorsitzende hatte keine leichte Arbeit, um aus den so ganz verschiedenen Auffassungen über diese Angelegenheit ein

Die Zeichen der Zeit verstehen

heißt die Gewerkschaftsbewegung seligen und alles Ernennende von ihr fernhalten. Diesem Ziele mit Logik und Konsequenz zu dienen und seine Erreichung durch gedankliche Zusammenarbeit zu fördern, ist der

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

elstig besteht. Jeder Verbandskollege muß auf sein Verbandsorgan abonniert sein. Der Abonnementspreis beträgt nur 65 Pf. vierteljährlich. Jede Postanstalt nimmt Bestellungen auf den „Korr.“ entgegen. In der jetzigen kritischen Zeit sind Abonnenten und selbige Studieren des dreimal wöchentlich erscheinenden „Korrespondent“ für jeden Buchdrucker

dringende Zeitnotwendigkeiten

Kompromiß zu desillieren, das, wenn es auch keine vollkommene Befriedigung brachte, doch eine Lösung der Frage möglich machte. Begleit die Arbeitnehmer und auch ein großer Teil der Arbeitgeber die Erwartung, daß die Vermittlungskommission in bezug auf die Lohnfristigkeiten einen entschiedenen Beschluß fassen würde — so hat es leider nicht sollen sein. Sie ist nicht weiter gekommen als — ein Mittel, um den Tarif zu retten — bis zu einer Beschlußfassung, nach der wiederum eine Kommission zu bilden ist, die vor dem 29. September zu entscheiden hat, ob die ökonomischen Zustände der letzten Monate es gerechtfertigt erscheinen lassen, die Löhne für die weitere Dauer der Tarifperiode zu ändern. Demgegenüber wird der Typographenbund als Garant gegen „wilde Streiks“ eine Forderung von 25000 Gulden zu stellen haben, während die Prinzipalsorganisationen ebenfalls eine Bürgschaft von 10000 Gulden leisten.“

Der Schiedsspruch der Vermittlungskommission, der von ihren Mitgliedern allgemein aufgegeben wurde, ergab sich in längeren Betrachtungen über die Ursache und die Lösung des Konflikts. Eine Abstimmung, an der alle Mitglieder teilgenommen haben, wird über das Schicksal dieses Schiedspruchs, der vor allem wegen der darin enthaltenen Kautionsbestimmungen von den Gehilfen mit gemischten Gefühlen aufgenommen wurde, entscheiden.

Belgien. Zum Kongreß der französischen Buchdrucker, der vom 9. September an in Nancy tagte, war als Delegierter des belgischen Buchdruckerverbandes Scheunissens erschienen. In einer Ansprache setzte er seinen französischen Berufsgenossen auseinander, daß es dem belgischen Verbands gelungen sei, die Frauenarbeit und die Alkoholarbeit abzuschaffen, den Wochentag einzuführen und eine Lohnerböhung zu erringen, die bis zu 3 Fr. für die Abergunde steige. Dann kam er auf die Internationale der Buchdrucker zu sprechen. Seit dem Waffenstillstande verwerfe er jede Ansprache, woran ein deutscher Delegierter teilnehme. Sein Verband sei zu folgendem Entschlusse gekommen: Der Vorstand wogere sich in aller Form, zu dem internationalen Buchdruckerkongreß (der bekanntlich am 24. September in Lugern begann) einen Vertreter zu senden, weil er jeden Kontakt bis auf weiteres für unmöglich hält mit Vertretern der Mittelmächte nach den Deportationen von Arbeitern, nach den Zerstörungen und unzähligen Verbrechen, die die Deutschen an der belgischen Zivilbevölkerung begangen haben, wodurch sich Deutschland außerhalb der zivilisierten Nationen der Welt gestellt habe. Der Vorstand drückt vielmehr den Wunsch nach Gründung einer neuen Buchdruckerinternationale für die verbündeten und neutralen Länder aus, die dann auf Verlangen der Mittelstaaten und Bulgariens deren Zulassung eventuell beschließen kann. Nach dieser Mitteilung, die als Wunsch, das gleiche zu tun, vorgebracht wurde, sagte Scheunissens noch bei, das deutsche Volk müsse den schwersten Teil der Verantwortung für die schrecklichen an belgischen Volke begangenen Missetaten tragen. Die belgischen Arbeiter hätten zuweilen ihre Mitgliedschaften den deutschen Arbeitern vorgelegt. Diese aber hätten mit einer groben

Inverschämtheit geantwortet: „Ihre Überlegenheit in der Welt wird sich durch die Umwälzung der sozialen Ordnung erweisen.“ Und sie plünderten und beraubten die Käufer der Arbeiter, die sich der Illusion hingeeben hatten, sie länden bei den Eindringlingen ein wenig Edelmut und eine Milderung ihres Schicksals. Sowie der Bericht. Leider ist daraus noch nicht zu ersehen, ob sich die versammelten französischen Buchdrucker die Meinung des belgischen Delegierten über die deutschen Arbeiter und den Entschluß des Vorstandes des belgischen Buchdruckerverbandes in Sachen der Buchdruckerinternationale zu eigen gemacht haben.

Italien. Während der sich bereits über zwei Monate erstreckende Buchdruckerstreik in Rom und der schon neun Wochen andauernde Schriftgießerstreik in Turin noch immer nicht beigelegt sind, nahmen die Buchdrucker in Turin am 4. September die Arbeit wieder auf. Das Resultat des siebenwöchigen Streiks war eine 60prozentige Teuerungszulage (verlangt wurden 80 Proz.) auf den am 1. Januar 1918 vereinbarten Lohnsatz, ohne Rücksicht auf die nachträglich eingetretene Erhöhungen. Der Mindestlohn der Buchdrucker betrug im Januar 1918 36,50 Lire, der Teuerungszulage bis Mitte April 25,25 Lire, von da ab neue Zulage 14,60 Lire, macht bis Mitte Juli 1919 76,35 Lire; jetzt wiederum 60 Proz. Zugeländnisse auf 36,50 Lire, um so die Höhe von 98 Lire zu erreichen, bei achttägiger Arbeitszeit; die Abmachungen gelten bis zum 31. Dezember d. J. Die Streikunterstützung betrug Anfangs wöchentlich 20 Lire, dann 36, die letzten Wochen 40 Lire. Als Gegenleistung für die hohe Streikunterstützung, die die Organisation finanziell stark belastete, führten diejenigen Gehilfen, die den neuen Teuerungszulage sofort erhielten, diesen einmalig in ganzer Höhe an den Verband ab, außerdem noch einen Tageslohn.

Ernährungswirtschaft

Zum Problem der Zwangswirtschaft

Durch die mit brutaler Gewissenlosigkeit fast fünf Jahre hingezogene Kriegsführung ist die deutsche Volkswirtschaft in einem Grad unterhöhlt und ausgelagert worden, daß sich der deutsche Wirtschaftskörper zur Zeit in einer Situation der Anormalität befindet, wie sie nach niemals ein Kulturvolk betroffen hat. Die ausgelegte und ausgehungerte Bevölkerung schreit nach Lebensmitteln jeder Art im weitesten Sinne des Wortes, vor allem nach Produkten, die zur Ernährung, Bekleidung und Bewahrung bitter notwendig sind. Es besteht nicht nur ein ungeheurer Mangel an solchen Produkten und Rohprodukten, sondern — und das vergrößert die Situation ins Ungemeine — auch die Willenskräfte des arbeitenden Volkes sind total unterhöhlt, wie es nach der Auffassung der materialistischen Dialektik nicht anders erwartet werden konnte. Der gesamte Kreislauf unfres materiellen und physischen Lebens ist in mehr als einem Punkte gestört, ja zerrissen. Ohne Berücksichtigung dieser grundlegenden Tatsache ist jede Diskussion über das gegenwärtige Wirtschaftswirtschafts- und Ernährungsproblem fruchtlos. Nur so ist es auch zu erklären, daß die verantwortlichen Reichsstellen die von ihnen geforderte kurzfristige Gesundung der Zustände nicht herbeiführen können, sondern sich darauf beschränken müssen, an den verwundeten Stellen heilende und lindernde Verbände anzulegen und, soweit nur zugänglich, dem Selbstheilungsprozeß nachzuhelfen. Wer mehr erwartet, ist ein Tor; wer mehr in Aussicht stellt, ein Marktdecker.

Von verschiedenen Stellen wird als das alleinige Heilmittel die Aufhebung der Zwangswirtschaft gefordert. Abgesehen davon, daß der Ausdruck „Zwangswirtschaft“ die Sache nicht richtig trifft, weil es sich dabei mehr um eine Schutz- und Sicherungswirtschaft handelt, darf bei Behandlung dieser Frage nie übersehen werden, daß die sogenannte Zwangswirtschaft im Grunde nichts anderes ist, als die notwendige Abwägung eines Kriegszustandes zwischen Warenangebot und Warennachfrage. Dieser Kriegszustand, der in normalen Zeiten infolge der Schnelligkeit der gut funktionierenden Handelsoperationen nur momentweise auftreten kann, ist durch die Kriegszustände dadurch zu einem latenten, einem andauernden Zustande geworden, daß andauernd Warenmangel herrscht. Die Aufgabe der Zwangswirtschaft will sich dementsprechend nur darauf beschränken, die Garantien zu beschaffen, daß die vorhandene unzureichende Warenmenge in möglichst gerechter Art unter die konsumtionstüchtigen Volksgenossen verteilt wird, damit sich nicht die begüterten Kreise vermöge ihrer Zahlungsmittel in überreichen Besitz der Lebensmittel setzen können, während die Unbegüterten vor dem Nichts zu stehen verurteilt sind.

Dazu kommt als zweites Moment die soziale Forderung, angelehnt der überaus schlechten Einkommensverhältnisse der großen Volksmassen dafür zu sorgen, daß wenigstens die lebenswichtigsten Lebensmittel, vor allem Brot, Fett, Milch, Kartoffeln, zu einem Preise kaufbar sind, der eintägigen Lohnentsprechung ist.

Vielen an sich recht primitiven Prinzipien entsprechend — andere Prinzipien kann es hierbei nicht geben — ist das leitende Ziel der verantwortlichen Reichsstellen, einmal alle weniger lebenswichtigen Produkte aus der Zwangswirtschaft zu entlassen, zum andern aber die lebenswichtigsten Produkte möglichst voll zu erfassen, damit nichts in heimliche Kanäle verschwindet, und drittens sie mit Preisen zu verbinden, die den berechtigten Interessen der Verbraucher wie Erzeuger entsprechen. Das ist äußerst schwierig, diesen Interessen ausgleich angemessen durchzuführen, bedarf keiner Erörterung. Daß der feste Wille der maßgebenden Stellen hierfür vorhanden ist, ist eben-

fastlich bewiesen, indem im Laufe der letzten Monate bei einer ganzen Reihe von Lebensmitteln die Zwangswirtschaft aufgehoben worden ist. Es gibt wohl niemand in der Reichsregierung, der auch nur entfernt daran denkt, die Zwangswirtschaft etwa aus einem theoretischen oder heillosen Prinzip heraus aufrecht zu erhalten. Die Reichsregierung folgt selber nur einem realen oder sozialpolitischen Mub, für bestimmte Lebensmittel die Zwangswirtschaft unter allen Umständen und mit allen Mitteln durchzuführen.

Was das im Grunde einfach liegende Problem aber verwirrt macht, ist ein Punkt, der immer wieder übersehen wird, obwohl er letzten Endes der ausschlaggebende ist: die Valutafrage. In normalen Zeiten wird der Mangel an einheimischen Produkten mit Weltmarkt durch ausländische Einfuhr an Hand des Weltmarktpreises ausgeglichen. Diese normale Weltmarkt wird heute durch die deutsche Zahlungsmittellosigkeit und die schlechte Bewertung unseres Papiergeldes im Auslandes radikal verkehrt. Der frühere Weltmarktpreis für Getreide ist heute wegen der allgemeinen Warenknappheit in allen Weltteilen an sich schon außerordentlich hoch geschwellt. Für den deutschen Käufer wird er durch die schlechte Valuta und die ungeheuren internationalen Frachtpreisen noch vervielfacht, so daß, wie der Reichswirtschaftsminister an treffenden Beispielen sehr klar ausführte, die Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft follicher zur Folge hätte, daß u. a. der Laib Brot, der heute mit etwa 1,30 Mk. bezahlt wird, auf 3-9 Mk. zu stehen käme und für die breite Masse unerschwinglich wäre. Wir müßten dann zu sehen, wie sich die zahlungsfähigen Kreise unumschränkt eindenken und den andern ihre Ration geschmälert würde, weil eben nicht überzählige Vorratsmengen da sind.

Die Zwangsbewirtschaftung hat nirgends einen Freund. Der Produzent der Lebensmittel, der zusehen muß, wie die Waren des freien Handels mit ungeheuren Konkurrenzgewinnen verhandelt werden, ist verbittert, daß seine gewöhnliche Arbeit nicht einen üblichen Nutzen abwirft; der Handel ist verärgert, daß er unter der Zwangswirtschaft nicht frei schalten und walten kann, daß er nur mechanischer Verteiler ist und sich mit einem kleinen Handelsgewinn zufrieden geben muß; der Konsument ist ungedulden über die zeltraubende Starrenwirtschaft, die verschiedenen Rationen, die oft schlechte Qualität der ihm zugehörigen Ware, bei der es ein Ausweichen nicht gibt.

Diese dreifache Verärgerungsgruppierung wird von denen, die nicht müde werden, einer mitleidigen Regierung Knüppel zwischen die Beine zu werfen, wo es nur angeht, und von den Profitinteressenten planmäßig ausgebeutet, um gegen das „Zwangssystem“ Sturm zu laufen. Es wird nicht nach dem Prinzip der Einigkeit gehandelt, sondern nach dem bekannten Weltwort: Steier Tropfen höhlt den Stein! Da ist es kein Wunder, wenn selbst diejenigen wankend werden, unzerbrechlichen Schutz und Sicherheit es sich bei dem alten doch Handel, die Konsumentenkreise.

Gmitten dieser Brandung stehen „die da oben“, die verantwortlichen Reichsstellen, die für jedes Moment des Verlaufs in der Verlorung meist in nervösester Form zur Rechenschaft gezogen werden. In der Bevölkerung hat man allgemein keine Vorstellung davon, in welcher Weise die Entschlüsse über Beibehaltung der Zwangswirtschaft zustande kommen. Es wird vielfach angenommen, daß diese Entschlüsse nur grünen Tisch entstehen, während die Sache doch so verläuft, daß jeder Maßnahme-gründliche und langwierige Konferenzen sämtlicher in Frage kommenden Interessenten vorangehen. In diesen Konferenzen sind nicht nur die Sachverständigen der Regierungsstellen vertreten, sondern zugleich auch Vertreter der Produzenten, des Handels und der Konsumenten, d. h. der Arbeiter- bzw. Gewerkschaftskreise. Noch nie ist eine Maßnahme durchgesetzt worden gegen die vorherrschende Meinung dieser Konferenzen. Vielmehr ist es in Wirklichkeit meistens so gewesen, daß sich in den Grundprinzipien eine Abereinigung herausgestellt hat, weil eben nur der sachliche Meinungsaustausch der Interessenten imstande ist, das Für und Wider gerecht und frei von allen Einseitigkeiten abzuwägen. Aus der Vogelperspektive, wenn man so sagen darf, dieser Konferenzen gewinnt man eben ein ganz anderes Bild, als wenn man sein Urteil nur auf die Meinung eines einzelnen engen Interessentenkreises aufbaut.

So ist es immer gewesen, und so wird es bleiben. Jede Regierung, die vorgefaßte Tendenzenpolitik treibt und nicht nach dem Prinzip des vernünftigen Interessenausgleichs arbeitet, macht sich über kurz oder lang unzulänglich. Sie kann nur getragen werden durch das Verantwortungsgesühl, das über allen Einzelinteressen steht.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht

Kriegsgefangener und Kranke

Bei der jetzt stattfindenden Heimbeförderung unserer Kriegsgefangenen sei darauf hingewiesen, daß nach dem Gesetz vom 4. August 1914 und den Bundesratsverordnungen vom 28. Januar 1915 und 16. November 1916 die zur Entlassung gekommenen Kriegsgefangenen — wozu auch die Kriegsgefangenen gehören — das Recht hatten, innerhalb sechs Wochen nach der Rückkehr in die Heimat ihrer früheren Krankenkasse in einer beliebigen Wohnstätte wieder als Mitglied beizutreten. Sofern nun Kollegen als Kriegsgefangene heimbeordert werden, sollen sie hiermit auf diese Vergünstigungen hingewiesen werden. Dies ist um so notwendiger, als wohl nur die wenigsten

nach ihrer Einberufung zum Meere sich freiwillig weiterverpflichtet hatten. Ausdrücklich soll noch bemerkt werden, daß die Krankenkassen jeden zur Entlassung kommenden Kriegsgefangenen bzw. Kriegsgefangenen aufnehmen müssen, ganz gleichgültig ob er erwerbsfähig ist oder nicht. Nach einer Entscheidung des Reichsoberverwaltungsamts vom 5. März 1919 ist bereits eine Samburger Krankenkasse verurteilt worden, einen entlassenen, völlig erwerbsfähigen Kriegsgefangenen, bei dem jede Besserung ausgeschlossen war, sofort von der Aufnahme ab das Krankengeld zu zahlen. Als er vier Monate später starb, erhielt die Witwe auch noch das Sterbegeld. Da bei der herrschenden Arbeitslosigkeit gar nicht vorauszuhaben ist, wann der heimkehrende Kriegsgefangene wieder Aufnahme erhält, mag er innerhalb sechs Wochen von dem Wiedereintritt in die Krankenkasse Gebrauch machen. Ist er gar noch krank oder erwerbsunfähig, dann hat er sofort nach dem Beitritt Anspruch auf die lebenslangen Familienleistungen. Deshalb, Kriegsgefangene; wafert Eure Rechte!

Invalidenversicherung

Durch Verordnung vom 21. August 1919 sind die Zulagen zu den Renten aus der Invalidenversicherung vom 1. Oktober 1919 ab erhöht worden und betragen von da ab 20 Mk. für Empfänger einer Invaliden- oder Altersrente und 10 Mk. monatlich für Empfänger einer Witwen- oder Witwenrente. Diese Zulagen sind zunächst bis 31. Dezember 1920 festgesetzt.

Hamburg.

M. Gildenberg.

Rundschau

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer zu Halle a. d. S. bestand Kollege Willi Franke aus Halle die Meisterprüfung. Im Theoretischen erhielt er die Note „Gut“, im Praktischen „Sehr gut“.

Eine Zeitung im Luftschiff. Von einer „Luftzettelung“ weiß das „Berliner Tageblatt“ zu melden. Die letzte Fahrt, die das englische Ozeanluftschiff R 33 unternahm, brachte für die Passagiere eine ganz neuartige Überraschung. Durch besondere Vereinbarung mit der drahtlosen Station Wornwood Scrubs wurde der Text der Morgenausgabe einer großen englischen Tageszeitung an die drahtlose Station im Luftschiff übermittelt. Der letzte Satz der Zeitung wurde drahtlos um 4 Uhr morgens gegeben, während das Schiff sich gerade in nahezu 2000 m Höhe über dem Meer in Richtung Amsterdam befand. Die Nachrichten wurden dechiffriert, um 6 Uhr ging die „Luftzettelung“ in Druck und wurde den Fahrgästen zwei Stunden später serviert. Die Überraschung war um so größer, als vorher von diesem sonderbaren Unternehmen nichts bekannt geworden war. Die Zeitung war natürlich sofort ausverkauft. Was würde wohl jeder Mann zu allen diesen Kuriositäten sagen, der einstmals im Schweiß seines Angesichts die erste Zeitung redigiert und höchstselbständig abgezogen hat!

Drahtlose Telegraphie im Dienste des Verkehrs. Die Reichspostverwaltung will zur Ergänzung der bisher gebräuchlichen Nachrichtenvermittlung über Leitungsdrähte nunmehr für den inneren deutschen Verkehr ein Verkehrsnetz für drahtlose Telegraphie schaffen. Die größeren Städte erhalten Funkstellen, während in jedem Bezirk eine Funkstelle als Verkehrsmittelpunkt dient, welche letztere dann mit der Funkamplitude in Berlin als Zentrale verkehren. Die drahtlose Telegraphie wird einen Teil des gewöhnlichen Telegrammverkehrs übernehmen, namentlich wird sie infolge ihrer technischen Eigenart dazu berufen sein, die Übermittlung gleichlautender Nachrichten an viele Empfänger gleichzeitig zu bewerkstelligen; ein wesentlicher Vorteil zur Verbreitung von Pressemitteilungen, Börsenberichten, Wettervorhersagen usw. Von der neuen Einrichtung wird eine merkbare Entlastung der Drahttelegraphie und damit eine Einschränkung der Telegrammvergaben erhofft. Letzteres ist auch dringend nötig, damit im Telegrammverkehre wieder Verhältnisse eintreten, wie wir sie vor dem Kriege für selbstverständlich hielten. Gegenwärtig gebraucht nach unsern verschiedenlich gemachten Erfahrungen ein Telegramm durchschnittlich dieselbe Zeit zu seiner Beförderung wie ein gewöhnlicher Brief.

Wiedereinstellungspflicht von Kriegsgefangenen. Gemäß §§ 2 bis 4 der Verordnung über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 3. September d. J. (auf die wir noch ausführlicher zurückkommen werden) steht den zurückgekehrten Kriegsgefangenen ein Recht auf Wiedereinstellung in ihre frühere Arbeitsstelle zu, wenn sie sich binnen sechs Wochen nach ihrer ordnungsmäßigen Entlassung persönlich oder durch eingeschriebenen Brief zur Wiedereinstellung melden. Zur Wiedereinstellung ist nicht die letzte Arbeitsstelle vor der Einberufung zum Seeresdienste verpflichtet, sondern diejenige, bei der der Entlassene am 1. August 1914 tätig war. Kommt der Unternehmer seiner Wiedereinstellungspflicht nicht nach, so bleibt dem Arbeitnehmer die Möglichkeit, sich sein Recht bei dem zuständigen Schlichtungsausschuss zu suchen. Zuständig ist der Schlichtungsausschuss des Ortes, in dessen Bereich sich der betreffende Betrieb befindet. Die Beschwerde kann auch bei dem Schlichtungsausschuss des Aufenthaltsortes anhängig gemacht werden, der alsdann die Beschwerde weitergibt. Leider lassen viele zurückgekehrte Kriegsgefangene die Meldungspflicht zur Wiedereinstellung verstreichen und geben dadurch ihrer Rechte verlustig. Kommt der Unternehmer seiner Pflicht zur Wiedereinstellung nicht nach, so kann er durch Schiedspruch verpflichtet werden, den Kriegsgefangenen für die ganze Zeit seit der Meldung zu entschädigen.

Streik in der Berliner Metallindustrie. Der Streik in der Berliner Metallindustrie, der, wie der „Vorwärts“ berichtet, darauf zurückzuführen ist, daß bei den Arbeitern die Annahme bestand, die Unternehmer beabsichtigten eine Verdickung der gegenwärtigen Röhre durchzuführen, was jedoch die Unternehmer entschieden bestritten, nimmt einen respektablen Umfang an. Es sind bis jetzt die Belegschaften von 18 Firmen daran beteiligt, mit rund 6000 Streikenden. Dazu kommen noch die Ausgesperrten, deren Zahl sich bereits auf etwa 7000 beläuft. Auf Anweisung des Verbandes der Berliner Metallindustriellen legen die einzelnen Firmen ihrer Arbeiterchaft Revolver vor, wonach die Arbeiter sich mit Ausgehen bzw. Arbeitsüberlegung einverstanden erklären sollen. Die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes warnt die Arbeiter davor, ihre Zustimmung zu dem Ansuchen der Unternehmer zu geben. In Mitteilungen und Bekanntmachungen an die Arbeiter und Arbeiterinnen stellen die Firmen vollaufgese Ausperrungen als notwendige Folgen der Zeilstreiks hin, obwohl in den verschiedensten Fällen erwiesen sein soll, daß die Ausgesperrten trotz des Streiks hätten weiter beschäftigt werden können. Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus wäre schon heute zu dem Streik, auf dessen Ausgang man gespannt sein darf, manches zu sagen. Aus nachfolgenden Gründen sei indes jetzt darauf verzichtet. Hoffentlich gelingt es, die überhäufte Bewegung im Interesse unserer Allgemeinheit baldigt zu beenden.

Ein Bergarbeiter über die Kohlennot. Im „Vorwärts“ beschlößte sich der Bergarbeiterführer Otto Süß an leitender Stelle mit der Drehhebe gegen die Bergarbeiterchaft, welche letzterer fälschlicherweise Arbeitsunlust vorgeworfen wird. Darauf es hauptsächlich zurückzuführen ist, daß die Zollförderung nicht erheblich zunimmt, kommt in der Zukunft eines praktisch lästigen Bergarbeiters an ein Duisburger Parteiblatt zum Ausdruck, wo der Bestrebende unter dem bezeichnenden Titel „Was den Bergmann zur Verzweiflung bringt“ folgendes schreibt: „Mehr Stöße fördern, ist das Lösungswort sämtlicher Volksschichten, allen voran unserer Kapitulanten und sonstigen Herrschaften, die vor lauter Arbeiterfreundlichkeit sich gegenseitig bald selbst aufressen. Ist der arme ausgemergelte Bergmann denn tatsächlich so volksfeindlich, daß er sabotierend zur Faust greift und seinen Arbeitsbrüder in den Fabriken in den Knien fällt? Wenn durch Minderleistung des Bergmanns der Fabrikarbeiter zur Arbeitslosigkeit getrieben wird, so ist das meines Erachtens ein Verbrechen am Volke, das nicht genug gestraft werden könnte: Nicht an“ uns liegt es, daß weniger gefördert wird, sondern die Verhältnisse sind es, die ein wichtiges Wortlein mitreden. Das Gezebe, welches zur Arbeit verwendet wird, ist minderwertig. Sack, Säge, Well und Bohrhämmer sind aus minderwertigem Material hergestellt, so daß man bald daran verzweifelt. Der einzige Gegenstande ist auch so wenig Druckluft für meinen Bohrhämmer, daß ich die ganze Schicht verwenden mußte, um ein Bohrloch im Nebengestein von 1,70 m herzustellen, während ich bei stärkerer Druckluft die Arbeit in 1,5 Stunden erledigt hätte. Wo man hinschaut, sind die Bergarbeiter mit den zurückgebliebenen Vordrillungsarbeiten beschäftigt. Sind mehrere Kameradschaften an einer Bremsbergförderung beteiligt, so mangelt es wieder an kräftigen Hilfsarbeitern (Schlepper), welche die krummbackigen, schlecht geschmierten Wagen in Bewegung bringen. In den Großschächeln lugern Tausende von kräftigen jungen Leuten herum, die Arbeitslosenunterstützung beziehen, während hier im Bergbau unsere schwachen 16jährigen Jungen vor schwerer Arbeit zugrunde gehen.“ In dieser Zusage kommt die wahre Stimmung der Bergarbeiter deutlich zum Ausdruck. Schlechtes Arbeitsmaterial, verolderte maschinelle Hilfsmittel, ungenügende Förderwagen und der Mangel an kräftigen Hilfsarbeitern, das ist die übereinstimmende Klage aus den meisten Schächten. Bei den meisten Bergarbeitern ist der Wille, der Kohlennot abzuhelfen, zweifellos vorhanden. Es fehlt jedoch die nötige Energie bei den Betriebenverwaltungen und ihrer Mittelspersonen. Die Gleichgültigkeit der Betriebsleitungen gegenüber dem Drängen der Arbeiter nach besseren Betriebsbedingungen läßt vielmehr auf passive Resistenz zur Behinderung einer besseren Kohlenverorgung schließen. Die Überführung sämtlicher Kohlenbergwerke in den Besitz der Allgemeinheit wird demgegenüber zur gebliebten Notwendigkeit.

Warnung für Auswanderungslustige. Verschiedentlich wurden Meldungen verbreitet, daß die Aussichten für Auswanderer nach Mexiko besonders günstig seien. Demgegenüber sei auf die Auslosungen eines dort Anhängigen verwiesen, der dringend davor warnt, nach Mexiko auszuwandern, bevor man nicht genau weiß, dort sein Brot zu finden. Zwar sind gegenwärtig gewissenlose Privatunternehmer dabei, für eine Auswanderung nach Mexiko Stimmung zu machen, die goldene Berge dort vorpredigen. Doch kann man solchen Versprechungen keinerlei Wert beimessen, vielmehr ist Tatsache, daß die Arbeiter dort drüben genau so ausgenutzt werden wie hier. Am sichersten geben Gesandtschaften und Konsulate Auskunft. Es wäre angebracht, eine amtliche Kommission damit zu betrauen, sich an Ort und Stelle genau zu unterrichten, wie dies in Argentinien geschah. Ebe man nicht genauen Bescheid weiß, sollte man sich hüten, aus einer Fülle zu flüchten, um vielleicht in eine noch schlimmere hineinzugeraten.

Vom französischen Gewerkschaftskongress. Auf dem französischen Gewerkschaftskongress, der in der zweiten Septemberwoche in Lyon tagte, ist der Vorstand des Gewerkschaftsbundes wegen der Abgabe des für den 21. Juli angelegten Generalfreilichs scharf angegriffen worden. In seinem Rechenschaftsberichte legte er die Gründe, warum der Generalfreilich abgelehnt wurde, dar. Der Ge-

danke einer internationalen Kundgebung in Gestalt einer einlässigen Arbeitsruhe sei in Frankreich verbreitet worden nach einer Zusammenkunft der beiden Sozialisten Languet und Frossard mit einigen Führern der italienischen sozialistischen Partei, die bekanntlich dem Bolschewismus zu neigt. Der Vorstand der französischen Gewerkschaftsbundes lud die englischen, belgischen und italienischen Organisationen ein, Vertreter zum 14. Juni nach Paris zu senden, um die Sache zu beraten. Die Engländer und Belgier lehnten ab; nur zwei Italiener, D'Aragnona und De Ambris, die zwei miteinander rassistischen Gewerkschaften vertrat, erschienen. Dessenungeachtet glauben die Franzosen und Italiener nicht auf die „gemeinschaftliche Bewegung“ verzichten zu können. Man kam überein, zwei Franzosen nach England zu schicken, um die Tradeunions für den Plan zu gewinnen. Auf ihrem Kongress zu Southport am 27. Juni indes teilte die englische Arbeiterpartei, indem sie den französisch-italienischen Antrag verwarf, es am 21. Juli mit Versammlungen und Kundgebungen bewenden zu lassen. Die Belgier ließen erklären, daß sie keinerlei Anteil an der Bewegung nehmen würden. Trotz alledem beschloß der Vorstand des französischen Gewerkschaftsbundes am 3. Juli, bei dem Generalkongress zu bleiben, aber er hielt für gut, den Zweck des Ausstehens zu erweitern. Er sollte nun nicht nur das Aufgeben der Intervention in Rußland zum Ziele haben, sondern auch die Demobilisierung, die Amnestie, die Wiedereinführung der verfassungsmäßigen Freiheiten sowie Maßnahmen zur Verbilligung des Lebensunterhaltes. Dadurch glaube man die Begeisterung für die Bewegung steigern zu können. Am Vormittage des 19. Juli aber wurde, wie noch zu erinnern, plötzlich bekannt, daß der Vorstand in seiner am vorhergehenden Abend stattgehabten Sitzung beschloß, die Kundgebung zu verlagern und den erweiterten Vorstand sofort einzuberufen. Welches waren die Ursachen dieser plötzlichen Wandlung? Der Rechenschaftsbericht sagt, Clemenceau habe Drohungen gegen die Eisenbahner und Postbeamten ausgesprochen, und eine mit Plakaten und der Presse geführte Gegenbewegung von „einer unerhörten Schärfe“ habe bei der gewerkschaftlichen Masse ein Schwanen, eine Art Abneigung erzeugt. Andererseits habe der Vorstand nach einer stürmischen Zusammenkunft mit Clemenceau Kenntnis von einer Ablehnung der Kammer erhalten, worin „die Wirtschaftspolitik der Regierung verdammt worden sei und die ansehend den Forderungen des Volkes Genugtuung gebe. Unter diesen Umständen“, heißt es im

Rechenschaftsbericht weiter, „aus dem Vorstand, nach Abwägung des Für und Wider, und um die Entfesselung einer zu schwachen Bewegung nicht zu umgehen, zu dem Schlusse gekommen, ihre Durchführung zu verziehen.“ In seiner Sitzung am 21. Juli hat der erweiterte Vorstand diesen Entschluß ausgehoben mit 90 gegen 17 Stimmen bei 8 Enthaltungen, wobei erklärt wurde, „die gelösten Beschlüsse seien in Übereinstimmung mit dem allgemeinen Interesse der Arbeiterbewegung“. Was der Gewerkschaftskongress zu diesen seltsamen Erklärungen zu sagen hat, wird sich erst zeigen lassen, wenn der vollständige Verhandlungsbericht eingetroffen ist.

Verschiedene Eingänge

„Bachmittlungen für die Mitglieder der Deutschen Korrekturenvereine.“ Nr. 73, 1919. Aus dem Inhalte: Zeichen und Kürzungen der Mahnenheiten. — Sprachliche Bemerkungen zu den Familienangelegenheiten — „Das Auge“ in der Antiqua. Jährlicher Bezugspreis bei postlicher Zustellung der Nummern 1 Mk. Abschluß, Berlin SO 16, Schmitzstraße 32, 3. IV.

„Deutscher Buch- und Einbander.“ Monatlicher Bericht über die gesamten graphischen Künste mit der Beilage „Graphische Meisterhand“ Heft 9, 25. Jahrgang. (Einbandnummer.) Preis dieses Heftes 2 Mk. Jährlicher Bezugspreis 15 Mk. Herausgeber Ernst Widme in Berlin W 5, Dönhofsstraße 19.

„Typographische Jahrbücher.“ Herausgegeben vom Technikum für Buchdrucker in Leipzig. Heft 6 und 7, 40. Jahrg. 1919. Preis pro Jahrgang (2 Hefte) 12 Mk. Ein reichhaltiger leichter Inhalt sowie gediegene Satz- und Druckbeispiele machen das Heft äußerst wertvoll.

Briefkasten

A. a. S. in O.: Bericht wird als erledigt betrachtet. Wenn recht viele Mitgliedschaften zur besseren Erkenntnis gelangten, wäre uns sehr gefällig, denn wir erlösen förmlich in Verammlungsberichten. O. C. in München: Dagegen etwas zu unternehmen, ist Sache der örtlichen Instanzen. Zur Verbilligung eignet sich der Fall nicht. H. B. in C.: Die Streichung erfolgte, weil die Wünsche nur ihre Verwirklichung, nicht ihre Erfüllung dem Geschäftseigenen zu wünschen. Die Streichung sollte es führen, wenn derartige Maßnahmen allgemein angewandt würden? C. W. in A.: Wird gelegentlich mit besprochen. Frdl. Gruß. — H. B. in Neuz: 4,50 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schmitzplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Aurfürst, Nr. 1191.

Ansbach. Der Seher Reinhard Jäger, geboren am 6. April 1900 in Girsch in Bayern, welcher am 2. August von Ansbach abgereist ist, wird hierdurch aufgefordert, seinen Orts- und Verbandsverpflichtungen nachzukommen, andernfalls satzungsgemäß verfahren wird.

Versammlungskalender
Salzkirchen (Oberbayern). Bezirksversammlung Sonntag, den 12. Oktober, vormittags 10 Uhr, beim Reumitt.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker
Berlin SW 48, Friedrichstraße 239
Teleadresse: 1. 5. des Geschäftsführers Herrn Paul Schlies

Bekanntmachung

Die Mitglieder der Tarifgemeinschaft werden gebeten, davon Kenntnis zu nehmen, daß das Tarifamt im Monat Oktober zu Verhandlungen nicht zusammentritt, es sei denn, daß es sich um vollständig unausschießbare und sehr wichtige Angelegenheiten handeln sollte.
Berlin, 24. September 1919.

Dr. Goettes Robert Braun
Präsidentvorsitzender. Geschäftsvorstand.
Paul Schlies, Geschäftsführer.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Bekanntmachung des Tarifamts betreffend Erhöhung der Zeitungszulagen, Erhöhung des Deutschen Buchdruckerarbeits und Veränderung in den Lokalschulagen.
Artikel: Planenamt zwischen Kapital und Arbeit. — Den Anzuleihenden ins Stammbuch.
Das Buchgewerbe im Auslande: Tschechoslowakei. — Norwegen, Holland. — Belgien. — Italien.
Erziehungswirtschaft: Zum Problem der Zwangswirtschaft.
Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht: Kriegsteilnehmer und Anrückenfallen.
Aus dem Gewerkschaftsleben: Die Gewerkschaften als Träger der Gemeinwirtschaft. — Neubildungen. — Stand der deutschen Gewerkschaftsbewegung.
Korrekturen: Berlin. — Bremen. — Freiburg. — Hagen. — Karlsruhe. — Leipzig (M.S.). — Obergau. — Reg. — Rastatt.
Kunst: Meisterprüfung. — Eine Zeitung im Aufschwung. — Drahtlose Telegraphie im Dienste des Verkehrs. — Wiedereinstellungspflicht von Kriegseingelassenen. — Streik in der Berliner Metallindustrie. — Ein Bergarbeiter über die Kohlennot. — Maunung für Auswanderungslustige. — Vom französischen Gewerkschaftskongress.
Abrechnung des Verbandskassiers und Präfektoren aus den Vorstandsberichten im ersten Quartal 1919.
Korrekturdesigler Nachtrag zum Verzeichnis der korrekturen Druckereien.
(Steuze eine Beilage.)

„Sprachen, Zeichen und Poesie der Landstraße“
Interessante Lektüre für alle früheren und zukünftigen Maßbrüder. Preis 1,50 Mk.
Richard Graf, Schwerin i. M., Roonstraße 8, 1569

Die Zeitschrift des Stenografenverbandes Stolze-Schrey schrieb: „Ein Vorzug des Systems Scheithauer nur unumwunden anerkannt werden: die leichte Erlernbarkeit! Die ungewöhnliche, geradezu auf der Hand liegende Einfachheit des Systems Scheithauer...“ — Ferdinand Schrey (Gründer von Stolze-Schrey) urteilt (Neuwacht 2/19): „Wir dürfen uns doch nicht verhehlen, daß es nicht so sehr leicht ist, unser System Stolze-Schrey richtig zu schreiben. Ich erhalte täglich viele Dutzende von Zuschriften in unserm System, zum großen Teil von Gebildeten, fehlerfrei sind wenige darunter!“ — Vom System Scheithauer sagt Herr Schrey (Neuwacht 1/19), daß es — „doch nicht nur als Durchschnit, sondern auch als Höchstleistung mindestens das gleiche leistet wie das System Oabelsberger!“ — Darum verlangt Ferdinand Schrey ausdrücklich, daß die Stenografie Stolze-Schrey vereinfacht werde, damit sie künftig so einfach sei wie jetzt das System Scheithauer ist. — Selbstlehrbuch der Stenografie Scheithauer 2 Mk. Die Stenografie Scheithauer besteht aus 42 Zeichen, mit denen ausnahmslos jeder gesprochenen Laut der Sprache geschrieben wird, 4mal schneller als in Gemeinschrift, wie auf der Schreibmaschine: mit 2 oder 3 Ausfertigungen.
Karl Scheithauers Verlag, Postcheck 52.072, Leipzig-Lindenau.

Hebräische Seher
welche Hebräisch als Muttersprache beherrschen, sofort gesucht. 1555
Spamerische Buchdruckerei, Leipzig.

Linothypeseher
für englischen Satz suchen 1573
H. G. Hermann & Co., Berlin SW 19, Beuthstraße 8.

Tüchtige Schriftgießer
für Hand- und Komplexionsmaschinen sowie 1552
Höheboller und Scherfräher
in dauernde Stellung gesucht.
Schriftgießerei Ludwig & Mayer, Frankfurt a. M.

Linothypeseher
Neu und zuverlässig, mit längerer Praxis, sucht für Mitte Oktober dauernde 1552
Einstellung. Angebote unter Nr. 556 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tüchtiger, älterer
Zeitungsmeister
zum sofortigen Eintritt gesucht. 1572
H. W. Himmels, Babelsberg i. Ubbg.

Korrekter
Linothypeseher
gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsforderungen erbittet
Samische Buchdruckerei, Bären (Rhd.).

Linothypeseher
für Multimagnat Ideal, tüchtiger Maschinenkennner, zum sofortigen Eintritt 1564
gesucht.
Buchdruckerei G. W. Siebert, Seyditz (Vlpr.).

Erfahrener
Buchdruckmaschinenmeister
für bessere Altdenzen, mit Schnell- und Zweigdruckpressen und Kauterjal-Bogenanleger vertraut, findet dauernde, angenehme Stellung. Angebote mit Zeugnisabschriften, Gehaltsforderungen, Alters- und Gehaltsangaben erbittet 1560
Samische Buchdruckerei, Bären (Rhd.).

Schriftgießer
und ein
Zurichter
zum baldigen Eintritt gesucht.
Schriftgießerei C. E. Weber, Stuttgart.

Tüchtiger Stereotypseher
für Rundstereotypie auf sofort gesucht.
„Weser-Zeitung“, Bremen.

Alkzidenzseher
(erste Kraft)
verheiratet, in ungeschädigter Stellung, der eventuell kleinen Personal vorziehen kann, sucht sich nach Mannheim oder Wörzberg zu vermindern.
Offerten unter Nr. 576 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Provision!
Agenten und Monteur zum Verkauf 1555
„Weser-Zeitung“, Bielefeld, Göttinger u. s. w. gesucht.
Dr. Fink, Berlin SW 61.

Druckerei
mit Ladengeschäft, sichere Offenen, post- 1570
für Anfänger, sofort krankheitsbedingter 7000 Mk. bar veräußert.
S. Schlingens, Gassen (M.-O.).

Eine vollständige 1571
Kausjuffereiereinrichtung
mit allem Zubehör sehr preiswert! Familien- 1571
betriebsfähig oder auch zu verkaufen.
Geo. J. Dreier, Kumpfenheim bei 1571
Wienbach u. M.

Blamabel
für jeden ist es, Fremdwörter falsch zu 1563
gebrauchen — oder falsch auszusprechen. 1563
Hilfe bringt Oskar Kretzes neues 1563
„Fremdwörterbuch“
enth. etwa 15000 Fremdwörter mit ge- 1563
nauer Verdeutlichung. Bezug gegen Ein- 1563
sendung von 1,75 Mk. franko oder Nach- 1563
nahme durch Buchhandel „Aspech“, 1563
Friedrichsfeid bei Wezel.

Das „Bugra“-Messeheft
der „Typographischen Jahrbücher“ 1919 1570
ist noch in einer geringen Anzahl von 1570
Exemplaren vorrätig. Dieses überaus 1570
reichhaltig ausgestattete Heft mit den 1570
zahlreichen Satz- und Druckmustern, 1570
Farben- und Papierproben, die Anregung 1570
zum Nachschöpfen geben, hat während 1570
der „Bugra“-Messe überaus glänzige Auf- 1570
nahme gefunden. Auch die interessantesten 1570
fachwissenschaftlichen Abhandlungen sind 1570
jedem Fachmann zu empfehlen. Einzel- 1570
preis einfl. Porto und Verpackung 1570
3,50 Mk. Abonnement ab Juli bis Sep- 1570
tember (6 Hefte) einfl. „Bugra“-Messe- 1570
heft 7 Mk. Wegen Vereinfachung auf 1570
Postcheckkonto Leipzig 6821 oder Nach- 1570
nahme des Betrags erhältlich vom 1570
Verlag Julius Maier, Leipzig, 1570

Berliner Korrekturenverein
Sonntag, den 3. Oktober, abends 1559
7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, 1559
Mietandernstraße 44.

Versammlung
Tagesordnung: 1. Neuauflagen, 1559
2. Vereinsmitteilungen, 3. Vortrag des 1559
Stollegen Bruno Dreher (Leipzig): 1559
„Die Arbeit des Verbands der Deutschen 1559
Typographischen Gesellschaften und die 1559
Sparten“. 4. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet 1559
Der Vorstand.

Wertvolle Sammlung (Schriftproben, 1559
Druck-, Papier- u. Farbpr.) bill. u. verk. 1559
Leipzig-Görlitz, Kärntnerstraße 821 m.

Richtlinien für die Neu-
ordnung im Seheraal
Wichtig für neu einzurichtende Druckereien. 1559
Preis 1 Mk. fr. Zu beziehen v. Karl Kauf, 1559
Berlin NW 5, Rathenower Straße 20.

Seherblusen
Kieffellanzige
Maschinenmeister-
anzüge
Schuhmäntel
empfehlen 160
Arno Chold, Gera (R.). 160
Fab. für Berufskleidung.

Maschinenband
Friedensqualität, liefern 1508
Bejner & Moll, 1508
Daffeldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Teilzahlung
Uhren, Photoartikel, Musik-, 1570
Instrumente, Schirmmuckasen, 1570
Bücher.
Kataloge amsonst a. portofrei liefern 1570
Jonass & Co., Berlin A. 407
Belle-Alliance-Strasse 7-10.

Fachbücher für Seher
Alphabethefte
Verband d. Deutsch. Typogr. Gesellsch. 1570
Leipzig, Salomonstr. 8. Pösch, 53.430.

Am 1. Oktober
beginnt nach längerer 1559
Unterbrechung erneut der 1559
Fernunterricht
in 1559
Mäfers Buchführung
für Buchdruckereien
Über den auf zeitgemäßer Lehr- 1559
methode basierenden Fernunter- 1559
richt verleiht ausführlichen 1559
Prospekt kostenlos der 1559
Verlag Julius Maier, 1559
Leipzig.

Zurichtemeßer und Scheren
Nadeln und Nadeln sowie alle Werk- 1559
zeuge für Seher und Drucker empfiehlt 1559
H. Siegl, München 8, Kolymbusstraße 1. 1559
Katalog 25 Pf.

Bellenmaß m. 60 mm. 50 Pf. C. G. 1559
Frankf. a. M., Weiberstr. 23.

Erst leht wurde uns die fraulige 1574
Gemüth, daß auch unser lieber 1574
Kollege, der Seher 1574
Alfred Lehmann
im Alter von 31 Jahren ein 1574
Opfer des Rührerdemens ge- 1574
worden ist. Er erlitt eine schwere 1574
innere Verwundung und starb 1574
am 30. September 1918, einen 1574
Tag nach seiner Einlieferung in 1574
das Gefängnis Wever a. d. Yler.
Wir werden seinen feils in 1574
Ehren gedenken.
Ortsverein Freiberg i. Sa.

Am 21. September verstarb 1568
nach langem, schwerem Leiden 1568
unser langjähriger Vorsitzender 1568
und Kassierer 1568
Sakob Duos
im Alter von 58 Jahren.
Durch seinen allzu frühlichen Tod 1568
wurde in unserm Ortsverein eine 1568
große Lücke geschaffen. Der 1568
Verstorbene war uns allzeit ein tüch- 1568
tiger Führer, ein selbstloser Mit- 1568
arbeiter, der das Vertrauen der 1568
ganzen Mitgliedschaft genöß.
Ein ehrenvolles Andenken wer- 1568
den wir ihm stets bewahren.
Ortsverein Neuz a. Rhein.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingetragene 5 Pfennig des Exemplars. Jede mit Altemm Erscheinungsbahn bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 112 — Leipzig, den 27. September 1919

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

□ Aus dem Genossenschaftsleben □

Die Genossenschaften als Träger der Gemeinwirtschaft

In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine war mit begreiflicher Freude mitgeteilt worden, daß der Artikel 153 der Reichsverfassung durch einen Zusatzantrag der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Genossenschaftsbewegung hinsichtlich der Sozialisierung auf eine unangreifbare Basis gestellt habe. Der angenommene sein sollende Antrag zu Artikel 153 lautet: „Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und deren Vereinigungen sind Träger der Gemeinwirtschaft.“ Diese verfassungsmäßige Festlegung des Wesens der Genossenschaften wäre natürlich nicht nur hinsichtlich unterständlicher Einmischungen und Zugriffe überblinder Sozialisierungstheoretiker von Bedeutung gewesen, sondern sie hätte auch klar und eindeutig die ungewollt vorhandene Bedeutung der Konsumvereine als natürlichen Mittelpunkt eines Sozialisierungsprozesses ein für allemal dargelegt.

So einfach und natürlich können sich aber auch im neuen Deutschland die Dinge nicht vollziehen. Auf dem Wege zwischen Kommission und Plenum verwandelte sich auf einmal die einfache und klare Fassung über das Wesen der Genossenschaften in folgende unklare Erläuterung, die man im Artikel 156 — nicht 153 — 2 Abs. 3 findet: „Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und deren Vereinigungen sind auf ihr Verlangen unter Berücksichtigung ihrer Verfassung und Eigenart in die Gemeinschaft einzugliedern.“ Wenn man die beiden Texte miteinander vergleicht, so findet man, daß an die Stelle lapidarer Einfachheit und Bestimmtheit eine Satzverwirrung getreten ist, die auch ohne Interpunktionshäufung an Unbestimmtheit nichts zu wünschen übrig läßt. Schade darum. Denn im ganzen kann ja von der sprachlichen Formulierung der Verfassung der deutschen Republik gesagt werden, daß sie eine gute ist.

Selbstverständlich hat man es auch hier wieder mit einem jener Kompromisse zu tun, die bei der Zusammenlegung der parlamentarischen Mehrheit der Nationalversammlung nun einmal unvermeidbar sind, wenn für die praktische Politik etwas herauskommen soll. Das Zustandekommen dieses Kompromisses kann nun ebenso in mittelständspolitischen Erwägungen des Zentrums und der Demokraten seine Ursache haben, wie auch aus wirtschaftspolitischen Gründen entstanden sein. In dieser Beziehung ist ja nicht von der Hand zu weisen, daß die Umwandlung von Aktien- und sonstigen kapitalistischen Unternehmungen in die Form der Genossenschaft den Zugriff der Regierungen und Gemeinden für Sozialisierungs-zwecke in allen solchen Fällen umgänglicher gemacht hätte, wenn die erste Fassung gewählt worden wäre. Aber sicherlich hätte auch eine entsprechende Feststellung der Regierung in den Motiven genügt, um planmäßige Durchführungen gegenüber dem Sinne der Verfassung zu verhindern und ein schönes und großes Wort in der Verfassung des neuen Deutschland hätte der deutschen Genossenschaftsbewegung und damit dem Volk und der natürlichen Sozialisierung große Dienste geleistet.

Es hat nicht sollen sein. Man kann nur hoffen, daß auch mit der zweiten und endgültigen Fassung nur dem Zwecke gedient werden will und kann, die Genossenschaften und vor allem die Konsumvereine gegenüber der Experimentierpolitik zahlloser und darum heute noch gefährlicher Phantasten sicherzustellen. Der Name des Abgeordneten Schenkeln als eines der Väter des Kompromißantrags dürfte dafür bürgen, denn er ist, wenn auch nur als Theoretiker, so doch als guter Kenner und Freund der Konsumvereine bekannt.

Anders wäre es aber doch besser gewesen.

Neubildungen

Aus der Berliner „Freiheit“ erfährt man, daß dort eine „neuzeltliche“ Genossenschaftsbildung sich anbahnt. Arbeitslose gründen Genossenschaften auf „sozialistischer Grundlage“, die „zum Teil den Gedanken des Anarchismus in sich bergen“. Da weiter mitgeteilt wird, daß sich viele derartige Genossenschaften, dem Geiste der neuen Zeit sich anpassend, bilden, so verlohnen sich einige Bemerkungen zu diesen „Neuzeltlichen Genossenschaften“. Es sind, wie erlauterungsweise auch die „Freiheit“ etwastlich, von vornherein folgebare Sünden. Denn wenn der „Weg der Genossenschaft“ erreicht ist, nämlich die Befreiung von Arbeit für ihre Mitarbeiter, d. h. für ihre selbst, dann ist es so wie die 2. Lenenaktion, wenn sie für Ausbeutung ergötzt hat. Das Ganze ist nicht viel mehr als eine Spielerei von Leuten, denen sowohl die Genossenschaftsbewegung wie die Gewerkschaftsbewegung unbekanntes Größtes gebildet sind. Die „Freiheit“ propagiert denn auch eine bereits in Leipzig getriebene 2. und 3. Arbeitsgenossenschaft für Groß-Berlin, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die von den Gemeindevätern in verschiedenen Arbeiten zu Selbstkostenpreisen für die Behörden aus-

zuführen. Und ganz richtig bemerkt die „Freiheit“ dazu: „Sie ist daher in der Lage, da sie auf jeden Unternehmergewinn verzichtet, bedeutend billiger zu arbeiten als jeder Privatunternehmer. Auf Grund dessen bleiben den Behörden jährlich viele Tausend Mark erspart. Mit den so ersparten Geldern können dann wiederum neue Arbeiten ausgeführt und somit mehr Arbeiter beschäftigt werden. Nicht zu vergessen ist, daß der von der Genossenschaft Beschäftigte nicht für den Kapitalisten, sondern lediglich für sich arbeitet, ein Umstand, der wesentlich zur Steigerung der Arbeitsfreudigkeit mit beiträgt. Es wäre erwünscht, daß derartige gemeinnützige Genossenschaften bei der Vergabe von Arbeiten berücksichtigt werden.“ Man möchte nur wünschen, daß diese Aufforderung von der größeren Arbeitslosigkeit in Genossenschaftsbetrieben überall zutreffen würde. Leider ist dies nicht der Fall. [1]

Stand der deutschen Genossenschaftsbewegung

Am 1. Januar 1919 bestanden in Deutschland 39056 eingetragene Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, gegen 37284 am 1. Januar 1918; die Zunahme betrug 1774. Hieran sind besonders die Darlehnskassenvereine, die Rohstoffgenossenschaften, vor allem die gewerblichen, die Wareneinkaufvereine und die Werkgenossenschaften, hier vor allem die Elektrizitätsgenossenschaften, beteiligt, während die gewerblichen Magazingenossenschaften und die Molkereigenossenschaften einen geringen Rückgang erlitten. Insgesamt bestanden am Jahresabschluss 1918: 20199 Kreditgenossenschaften, 1353 gewerbliche und 2935 landwirtschaftliche Rohstoffgenossenschaften, 648 Wareneinkaufvereine, 339 gewerbliche und 2404 landwirtschaftliche Werkgenossenschaften, 13 Genossenschaften zur Beschaffung von Maschinen und Geräten, 128 gewerbliche und 637 landwirtschaftliche Magazingenossenschaften, 233 gewerbliche und 40 landwirtschaftliche Rohstoffe- und Magazingenossenschaften, 1106 gewerbliche und 4094 landwirtschaftliche Produktgenossenschaften, 588 Zucht- und Weibgenossenschaften, 1485 Wohnungs- und Baugenossenschaften, 135 Vereinshäuser und 2313 Konsumvereine. Diese waren, meistens infolge Verschmelzungen, seit einigen Jahren an Zahl etwas zurückgegangen; im letzten Jahre trat infolge Neugründungen eine Vermehrung um 36 ein. Im neuen Jahre scheint allgemein ein sehr starker Aufschwung einzutreten; das erste Halbjahr 1919 brachte bereits einen Zuwachs um 678 Genossenschaften, woran wiederum die bereits oben genannten Arten hervorragend beteiligt sind, während die Molkereigenossenschaften weiter um 17 zurückgingen. Der Anrechts- und Gemaltriebe wird leider wohl einen Verlust von reichlich 2500 bis 3000 Genossenschaften aller Art zur Folge haben.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. Am 1. Oktober begeht in voller Frische und Rüstigkeit der Schriftgießer Hermann Schwenne sein 50 jähriges Berufsjubiläum. Mit kurzer Unterbrechung ist er noch in der W. Woelfmerchen Schriftgießerei beschäftigt, wo er seine Arbeit begonnen hat. Möge ihm ein froher Lebensabend beschieden sein!

Bremen. Am 4. September erstattete Kollege Oléha vor einer gutbesuchten Versammlung Bericht von der Tarifausschubstung auf Grund von Material, das er in einer Verantw. in Hannover gesammelt hatte. In der Aussprache wurde zunächst gewürdigt, daß der Kreisvertreter an den Hauptorten des Kreises, so auch in Bremen, in Zukunft selbst berichten möge. Im allgemeinen kam eine Befriedigung zum Ausdruck insofern, als es gelungen ist, die Bestrebungen der Prinzipale auf Abbau der Teuerungszulagen abzuwehren und noch eine Erhöhung durch-zudrücken. Jedoch könnte auch diese Erhöhung nicht verhindern, daß, wenn der Buchdrucker nicht mit Minus arbeiten wollte, man auf einen Teil von wichtigen Lebensbedürfnissen verzichten müßte. Die Staffelung der Zulagen wurde als unglücklich bezeichnet. Stark bemängelt wurde es, daß es nicht gelungen sei, wenigstens für die Maschinen-leher und die Nacharbeiter im allgemeinen eine Arbeitszeitverkürzung zu erreichen. Zur Frage der Betriebsräte, in der man seitens der Prinzipale mehr Entgegenkommen erwartet hatte, weil die Arbeiterklasse ein Recht auf größeres Mitbestimmungsrecht habe, und diese Frage doch Laiz zur Verwirklichung kommen werde, wurde ein Vortrag gewünscht. Eine entsprechende Resolution wurde angenommen. Kollege Schmidt (Zweck) unterbreitete die Motione der dortigen Kollegenschaft auf Gleichstellung Zweckelands in Bezug auf den Vorkaufzuschlag mit Bremen. Er führte die triftigen Gründe dafür an, daß wohl zu hoffen ist, daß es gelingen wird, mit Hilfe des Kreisvertreters die neuen Beschlüsse des Tarifausschusses auf Wegelast in Anwendung zu bringen. Auch wünschte Redner den Anschluß Zweckelands an den Bezirksverein Bremen. Zur Frage der Teuerungszulagenangelegenheiten ist noch zu berichten, daß die Prinzipale sich beschließen haben, von dem Recht auf Abzug eines Drittels, um das so lange gestritten

wurde, keinen Gebrauch zu machen, so daß allen Kollegen jetzt die vollen 100 Mk. zuteil geworden sind.

L. Freiburg i. Br. In der Versammlung am 1. September erstattete Kollege Klein (Stuttgart) Bericht über die Tarifausschubstung. In trefflichen Ausführungen verstand es der Redner, ein anschauliches Bild von den schwierigen Verhandlungen zu geben. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. Die Diskussion ergab, daß die hiesigen Kollegen das Erreichte zwar begrüßten, jedoch wurde es bedauert, daß die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit fallen gelassen wurde. Hoffentlich wird dies bei der Tarifrevision nachgeholt.

St. Beitzk. Hagen. In einer am 4. September in Hagen abgehaltenen, zahlreich besuchten Versammlung der tariffreien Gehilfen des Bezirkes erstattete unser Gehilfenvertreter Emil W. Brecht (Söben) einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen des Tarifausschusses. Nach kurzer Aussprache wurde eine Entschloßung angenommen, in der das geringe Entgegenkommen der Prinzipale auf materiellem Gebiete, das den Verhältnissen der Gehilfen-schaft nicht Rechnung trägt und das soziale Verhältnis für die Notlage der Gehilfen vermissen läßt, bedauert wurde. Ganz besonders zu bedauern sei die große Spannung zwischen Großstadt und Kleinstadt, da die Kollegen der kleinen Druckorte unter den schwersten Verhältnissen ihr Dasein fristen. Die Versammlung erwartete, daß in der Frage der Lokalzuschläge das weiteste Entgegenkommen befaßt wird. Die Tätigkeit der Gehilfenvertreter erkannte die Versammlung an und sprach ihnen, im besonderen den Kollegen W. Brecht, Dank aus.

Karlshöhe. In der am 4. September abgehaltenen, hartbesetzten Ortsvereinsversammlung nahm die Kollegenschaft den Bericht ihres Kreisvertreters G. Klein (Stuttgart) über die letzte Tarifausschubstung entgegen. In eingehenden Ausführungen gab er den Anwesenden ein Bild von den diesmaligen besonders schwierigen Verhandlungen. Wenn auch das Erreichte hinter dem zu Erwartenden blühte, so mußte unter Erwägung aller in Betracht kommenden Umstände anerkannt werden, daß ein Stück Arbeit geleistet wurde, auf der weitergebaut werden könne, wenn die Kollegenschaft geschlossen hinter ihren Führern stehe. In der Diskussion wurde auch anerkannt, daß die Gehilfenvertreter ihre ganze Kraft zur Erzielung besserer Lebens- und Arbeitsbedingungen eingesetzt haben, jedoch hätte man von den Prinzipalvertretern sowohl in materieller wie in sozialer Beziehung ein andres, gerechteres Entgegenkommen erwartet. Die Aussprache zeltigte eine Entschloßung, worin zum Ausdruck kam, daß die beschlossene Erhöhung ab 1. Oktober keinen Ausgleich für die in der letzten Zeit gelittenen Lebens- und aller sonstigen Bedarfsartikel gebracht hat. Die Organisation müsse sich jeberzeit vorbehalten, bei eintretenden schlechteren Verhältnissen auch entsprechend höhere Forderungen zu verlangen. Ferner wurde bedauert, daß bei der bestehenden großen Arbeitslosigkeit die Prinzipale sich nicht bewegen ließen, eine Arbeitszeitverkürzung einzuführen zu lassen. Mindestens aber hätte erwartet werden dürfen, daß für die Maschinenleger die frühere kürzere Arbeitszeit und die alle 25prozentige Erhöhung wieder beschloßen und in der Frage der Akkordarbeit an der Maschine endlich einmal den Wünschen der Gehilfen auf Verbot derselben Rechnung getragen worden wäre. Die Versammlung nahm mit Befriedigung Kenntnis von der vorgelebten Abhaltung einer Generalversammlung des Verbandes und einer Tarifrevision im nächsten Jahre. Die Mittelbehörde Karlsruhe verlangt eine fortwährende Revision der gesamten Unterabteilung des Verbandes, insbesondere aber der Krankenunterstützung, um diese auch nur einigermaßen den heutigen Verhältnissen anzupassen, bei entsprechender Beitragserhöhung.

Leipzig. (Maschinenleger.) In der Versammlung am 7. September gab der Vorsitzende in seinem Situationsberichte bekannt, daß die von den Maschinen-lehern gestellten Anträge zur Tarifausschubstung nicht abgelehnt seien. Durch die minimale Teuerungszulagen-erhöhung sei den Maschinenlegern in keiner Weise gedient. Immer wieder müsse festgestellt werden, daß die Maschinenleger in Rücksicht auf die Gesamtkollegenschaft auch jetzt wieder zurückgebrängt worden sind. Dem müsse ein Ende gemacht werden. Gelegentlich einer Durchreise des Vorsitzenden der Zentralkommission der Maschinen-leger fand am 16. August eine Vorstandskonferenz der Maschinenlegervereinigungen Sachsens statt. Neben einer Besprechung der Gesamtfrage mußte mit Bedauern dort vernotwendet werden, daß auf Grund eines Beschlusses der sächsischen Verbandsgeneralversammlung die Bewegungsfreiheit der Sparten gehemmt wird; besteht doch ein Wirkungsrecht sämtlicher Zirkulare der Zentralkommission durch den Verbandsvorstand. Es mußte allerdings auch festgestellt werden, daß die eigenen Kollegen oftmals der Zentralkommission es erschweren, die Interessen der Maschinenleger so zu vertreten, wie es nötig wäre. Aus allen diesem müsse unbedingt ein Maschinenlegerkongress abgehalten verlangt werden. In der anschließenden sehr regen Diskussion kam von mehreren Rednern zum Ausdruck, daß die Maschinenleger sich mehr rühren müßten. Einstimmig angenommen wurde folgende Resolution: „Die

